

Protokoll der 8. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld vom 26.05. anno 2011

Protokoll: Jan Seelhorst

Beginn: 19:20 Uhr

Redeleitung: Oliver Nißing (Vorsitz)

Ende: 22:55 Uhr

Ort: A3 - 126

Anwesendheitsliste

Bildungsstreikliste (BieLi) (1 Sitz)

Müller, Arne-Goran

Krühler, Marvin

Weber, Matthias

Althoff, Anna-Sophie

Niemeyer, Jan

Mayer, Malte

Inasaridze, Nana

C.S.U. (Chronisch Schwule Union) (1 Sitz)

Tiemann, Harald

Salehi, Mehdi

Mertens, Stephan

Ganguin, Marcel

Menacher, Martin

Lewerenz, Maik

Deutschland Wird Weltmeister* (DWW*) (1 Sitz)

Seelhorst, Jan

anwesend

ghg*ol (grüne hochschulgruppe*offene liste) (8 Sitze)

Brockhoff, Lisa

Gel, Caner

Pruisken, Henrik

anwesend

Wiegand, Alexander

anwesend

Nißing, Oliver (Vorsitzender)

anwesend

Stratemann, Janosch

anwesend

Caputo Crapa, Gianmarco

Petersen, Ingwar

anwesend

Xian, Peixin

Kleinekathöfer, Vanessa

anwesend

Vouffo, Christian

Schiebel, Jessica

anwesend

Munoz, Antu

Youn, Mia Nina

Goedde, Sven

Schneiderei, Carmen

Waimann, Lisa

Kleinpenning, Daniela

Hamann, Britta

Hoß, Katharina

Renda, Charlotte

Stein, Luise

Reiske, Johannes

Höltje, Jan Hendrik

Meerhoff, Alexander

Kalus, Benedict	
grün*alternative linke (g*al) (3 Sitze)	
Unger, Hendrik	anwesend
Houben, Malin	anwesend
Nigbur, Anna	
Ganz, Dorothea	
Eikmeyer, Felix	anwesend
Palentin, Daniel	
Horstmann, Diether	
Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) (5 Sitze)	
Damian, Jonas (stellv. Vorsitzender)	
König, Sonja	
Zück, Johannes	
Esdar, Wiebke	
Bolgen, Katharina	anwesend
Wierzyk, Martin	
Pieplau, Stefan	anwesend
Räker, Miriam	
Westermann, Till	
Feese, Daniel	
Terstegge, Jan Hendrik	
Kazas, Hasan	
Löffler, Oliver	
Reinert, Florian	
Groeger, Nils	
Sonntag, Christian	
Menn, Jan	anwesend
Wiegand, Alexandra	
Mürlebach, Kai	anwesend
Gloystein, Marie Luise	
KOMPASS (Kompass) (1 Sitz)	
Osinga, Christian	anwesend
Libérale Hochschulgruppe an der Uni Bielefeld (LHG) (2 Sitze)	
Bielefeld, Henning	anwesend
Wichmann, Beatrice	
Afradi, Sahba Roga	anwesend
Sander, Florian	
Richter, Sebastian	
Spalek, Gregor	
Ettrich, Timo	
Piratenpartei (PIRATEN) (2 Sitze)	
Rodehuts Kors, Tobias	
Sandow, Isabelle	anwesend
Görler, Benjamin	
RCDS (RCDS Bielefeld e.V.) (2 Sitze)	
Neumann, Christoph	
Meyer, Niklas	
Aslan, Theodora	anwesend
Tielbürger, Niels	
Hunkenschröder, Markus	
Dowe, Florian	
Grotjohann, Niels	
Noweck, Julian	
Eichert, Cornelia	
Meier, Thorben	
Stüber, Richard	

Völker, Sönke
Deniz, Demet
Kielisch, Annika Mareike
Mokolys, Sabrina
Hinderer, Mirjam
Hermann, Martin
Stefanik, Richard

:uniLinks!_r.o.s.a. (:uniLinks!_r.o.s.a.) (3 Sitze)

Zakowski, Lena
Buckermann, Paul
Krenz-Dewe, Daniel
Heidbreder, Marthe
Diercks, Malte
Adolph, Benjamin
Wolf, Nelly
Banihaschemi, Susan
Knieper, Britta
Hermann, Johanna
Mogultay, Berivan
Lippelt, Maike
Lemme, Sebastian
Warntjen, Lucas
Wille, Frank
Clark, Zoe
Muhle, Florian
Landsberg, Malissa
Gieseke, Karl
Westkamp, Johannes
Kolodzig, Katja
van Gellekom, Maarten
Schmidt, Jonas
Stockrahm, Nicole
Röhrbein, Florian
Blanz, Elisabeth
Jünemann, Philipp
Hochner, Sara
Koch, Lars
Kielsing, Dennis

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Der Vorsitzende Oliver Nißing verkündet um 19:15 große Freude: Es ist StuPa-Sitzung.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

15 Mitglieder sind anwesend und alle fühlen sich ordnungsgemäßen eingeladen.

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

Jan Seelhorst (DWW*b) erklärt sich bereit und wird zum Protokollanten ernannt.

d) Feststellung der Tagesordnung

Nach kurzer Diskussion über die Frage, ob eine qualifizierte Mehrheit für die Änderung der Beitragsordnung erforderlich ist, kommt man zu dem Ergebnis, dass das nicht der Fall ist. Danach ist man mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden:

TOP 1: Formalia

- a) Begrüßung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
- c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers
- d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

- a) Protokoll der 7. Sitzung des 37. Studierendenparlaments

TOP 3: Wahl einer/eines stellvertretenden StuPa-Vorsitzenden**TOP 4: Gäste****TOP 5: Änderung von Satzungen und Ordnungen**

- a) Neuverkündung der Satzung der Studierendenschaft
- b) Neuverkündung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments
- c) Änderung und Neuverkündung der Beitragsordnung der Studierendenschaft

TOP 6: Bericht des StuPa-Vorsitzes**TOP 7: Bericht des AStA****TOP 8: Berichte aus Senat und Kommissionen****TOP 9: Neuanlage der Sonderrücklagen****TOP 10: Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses****TOP 11: Bestätigung der Referentinnen und Referenten der autonomen Referate und des ISR****TOP 12: Wahlen und Nominationen für StuPa-Ausschüsse und Kommissionen****TOP 13: Anträge****TOP 14: Sonstiges****TOP 2: Protokollgenehmigung**

Es liegt das Protokoll der 7. Sitzung des 37. Studierendenparlaments vor. Es gibt einige kleine Änderungen, die aber von der Protokollantin allesamt übernommen werden, so dass das Protokoll zur Abstimmung gelangt:

Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes.

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 8

Das Protokoll ist damit genehmigt.

TOP 3: Wahl einer/eines stellvertretenden StuPa-Vorsitzenden

Es liegen keinerlei Vorschläge bzw. Kandidaturen vor, weswegen der Tagesordnungspunkt relativ schnell abgehakt werden kann.

TOP 4: Gäste

Katharina von der FS Soziologie hat zwei Anträge mitgebracht. Zum Ersten möchte die Fachschaft die Reise- und Verpflegungskosten des Referenten eines von ihnen veranstalteten Vortrags unter dem Titel „Studieren geht auch anders“ in Höhe von 168,50€. Zum Anderen sollen die Reisekosten für eine Fahrt zur Bundesfachschaftentagung in München für 3 Teilnehmer_innen in Höhe von 413€ übernommen werden.

Nach einigen kurzen Nachfragen zur Veranstaltung schreitet man relativ schnell zur Abstimmung

"Das Studierendenparlament übernimmt die Fahrt- und Verpflegungskosten des Referenten des Vortrags "Studieren geht auch anders" in Höhe von 168, 50."

Ja: 19 Nein: 0 Enthaltung: 1

Der Antrag ist damit angenommen.

"Das Studierendenparlament übernimmt die Reisekosten für 3 Personen zur Bundesfachschaftentagung der Soziologie abweichend von der Reisekostenordnung bis zu einer Höhe von 413 Euro."

Ja: 20 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Dann ist die Fachschaft Sowi/Powi da und hätte gerne vom Studierendenparlament die nachträgliche Genehmigung für eine Fahrt nach Paris. Dafür sollen sog. Bonusmeilen von Cambio genutzt werden. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* fragt nach den Bonusmeilen und kann sich nicht an derartige Vergünstigungen aus ihrer Zeit als Finanzerin und Kassenprüferin erinnern. Danach entsteht eine größtenteils auf Vermutungen basierende Diskussion über die Existenz der mysteriösen Bonusmeilen bis *Christian Osinga (kompass)* vorschlägt, die Fahrt vom Parlament generell genehmigen zu lassen und die Fahrt dann nach den normalen Regeln der Reisekostenordnung abzurechnen. *Paul Buckermann (unilinks!rosa)* wirft daraufhin ein, dass es vom AStA ja bereits ein positives Übernahmesignal gekommen sei, weshalb man auch jetzt die gesamten Fahrtkosten beschließen könne. Daraufhin werden wieder wilde Spekulationen über verschiedene Optionen der Abrechnung ausgetauscht, bevor man sich darauf einigt, erstmal nur die Genehmigung für die Auslandsfahrt zu erteilen und sich, falls nötig, in Zukunft nochmal über die genaue Höhe der Kostenübernahme Gedanken zu machen.

"Das Studierendenparlament genehmigt die Auslandsfahrt der Fachschaft Sowi/Powi gemäß der Reisekostenordnung."

Ja: 20 Nein: 0 Enthaltung: 1

Der Antrag ist damit angenommen.

Des Weiteren möchte die Fachschaft Sowi/Powi ebenfalls mit dem Auto zu ihrer Bundesfachschaftentagung nach Konstanz fahren und hat die Befürchtung, damit die Reisekostenordnung zu sprengen. *Christian Osinga (kompass)* merkt an, dass es Sinn machen würde, erstmal abzuwarten, ob wirklich die Reisekostenordnung nicht ausreicht. Danach erhält die Fachschaft einen nett gemeinten Hinweis von *Hendrik Unger (g*al)*, dass ein Antrag auf pauschale Übernahme von 150 € für Benzinkosten für die Fachschaft vorteilhafter wäre als eine Übernahme nach der Reisekostenordnung. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* findet hingegen, dass die Regelungen der Reisekostenordnung sehr sinnvoll und ökologisch vorteilhaft wären, weswegen eine Umgehung falsch wäre. *Christian Osinga (kompass)* recherchiert schnell die Cambio-Preise und stellt fest, dass der Unterschied zwischen beiden Varianten nur 30 Euro betragen würde. *Oliver*

Nißing (Vorsitz) schlägt daraufhin vor, dass die Fachschaft nochmal wiederkommt, wenn das Geld der Reisekostenordnung nicht ausreicht, was *Christian Osinga (kompass)* aber mit dem Argument ablehnt, dass es ja gerade immer der Wunsch des Parlamentes gewesen sein, dass Fachschaften frühzeitig mit Anträgen auf Übernahme von Reisekosten im Studierendenparlament erscheinen würden. Es stehen dann also zwei Anträge im Raum, die Übernahme der Kosten nach der Reisekostenordnung und die pauschale Übernahme von 150 Euro Benzinkosten. Diese werden alternativ abgestimmt:

"Die Studierendenschaft übernimmt 150 Euro Benzinkosten für die Fahrt der Fachschaft Sowi/Powi zur Bundesfachschaftentagung nach Konstanz."

Ja: 9 Nein: 7 Enthaltung: 3

Der Antrag ist damit angenommen wodurch sich die Abstimmung über den alternativen Antrag erübrigt.

FS Psychologie möchte ebenfalls zu ihrer Bundesfachschaftentagung in Freiburg fahren, allerdings möchten gerne acht Menschen fahren, statt den in der Reisekostenordnung vorgesehenen drei Personen. Insgesamt würden dazu nach ihren Berechnungen 1102 Euro an Fahrtkosten anfallen. Der Vertreter der Fachschaft begründet kurz die hohe Anzahl an Mitfahrenden, woraufhin das Studierendenparlament zur Abstimmung schreitet:

"Die Studierendenschaft übernimmt die Fahrtkosten für acht Personen zur Bundesfachschaftentagung der Psychologie in Freiburg bis zu einer Höhe von 1102 Euro."

Ja: 18 Nein: 0 Enthaltung: 2

Der Antrag ist damit angenommen.

Nadine vom Femref kommt vorbei und stellt den den Mitgliedern bereits im Vorfeld zugegangenen Antrag vor, wonach die Namen der Referentinnen rückwirkend und zukünftig nicht mehr in öffentlichen Protokollen auftauchen sollen. Dies sei notwendig, da die Referentinnen ansonsten eindeutig identifizierbar und dadurch der Gefahr von Übergriffen insbesondere neonazistischer Personen ausgesetzt seien. Dies sei insbesondere von Bedeutung, da aktuell das Thema Neonazismus im FemRef bearbeitet würde und es auch in der Vergangenheit schon zu Racheakten gekommen sei. *Kai Mürlebach (Juso-HSG)* erkundigt sich daraufhin, ob eine solche nachträgliche Änderung rechtlich möglich wäre. *Malin Houben (g*al)* erwidert, dass ja auch redaktionelle Änderungen vorgenommen würden. *Christian Osinga (kompass)* hält die Beispiele für nicht vergleichbar, spricht sich aber dennoch für eine nachträgliche Änderung der digitalen Protokolle aus, weist aber daraufhin, dass google ein langes Gedächtnis hat. *Isabelle Sandow (PIRATEN)* fragt nach der technischen Möglichkeiten, PDF-Dateien nachträglich zu ändern, *Kai Mürlebach (Juso-HSG)* erklärt jedoch, dass dies möglich sei. *Nadine (FemRef)* fragt nochmal nach, warum andere AGen dieses ermöglicht werde und bei einem autonomen Referat nicht. *Christian Osinga (kompass)* meint, dass das StuPa halt entsprechendes beschließen müsste, dann könnten auch Nachnamen in Protokollen weggelassen werden. *Oliver Nißing (ghg*ol)* betont, dass es auch ein öffentliches Interesse an Transparenz bezüglich der Inhaber_innen öffentlicher Wahlämter gebe und man diese mit den verständlichen Wünschen des FemRef abwägen müsste. *Malin Houben (g*al)*

betont nochmal, dass die Menschen vom FemRef auch ohne Protokolle jederzeit kontaktierbar und ansprechbar seien und es deshalb nicht wichtig sei, ob Nachnamen im Protokoll auftauchen. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* sieht schon eine Einschränkung der Transparenz, hat aber Verständnis für die Wünsche des FemRef. *Christian Osinga (kompass)* stellt fest, dass an einigen Stellen die Nachnamen auftauchen müssten und es deswegen auch keinerlei absolute Sicherheit biete, sie aus öffentlichen Protokollen zu entfernen. *Sahba Roga Afradi (lhg)* meint, dass jede Person, die sich für ein öffentliches Amt bewirbt, auch für die Öffentlichkeit identifizierbar sein müsse und dies auch völlig normal sei. Sie schlägt als Kompromiss vor, den Vornamen und den ersten Buchstaben des Nachnamens im Protokoll zu vermerken. Außerdem sei schließlich jeder Mensch mit einer Meinung der Gefahr von Übergriffen ausgesetzt, so dass dann alle Namen geschwärzt werden müssten. *Lisa Waimann* und *Oliver Nißing (beide ghg*ol)* stellen beide nochmal die Bedeutung von Transparenz bei öffentlichen Ämtern klar, sehen aber beide die Notwendigkeit diese gegen die drohenden persönlichen Gefahren abzuwägen. *Dieter Horstmann (AStA-Finanzreferent)* stellt klar, dass auch in emanzipatorischen Zusammenhängen das antiquierte Frauenbild neonazistischer Personen durchaus Gefahrenpotential für einzelne Personen entfalten könne. *Nadine (FemRef)* erklärt sich mit dem Kompromiss einverstanden, die Vornamen zu belassen, wenn die Nachnamen gestrichen würden, so dass der Antrag dahingehend geändert wird und nun folgender Antragstext abgestimmt wird.

"Die Nachnamen der Referentinnen des Autonomen Referats für FrauenLesbenTransgender (FemRef) werden aus bereits verabschiedeten Protokollen des Studierendenparlamentes gestrichen und in zukünftige Protokolle nicht mit aufgenommen."

Ja: 18 Nein: 1 Enthaltung: 1

Der Antrag ist damit angenommen.

Kurzzeitig wird danach über die generelle Transparenz beim Internetauftritt der Studierendenschaft geredet und von einigen mangelnde Aktualität kritisiert. Dies wird sowohl von Seiten des AStA wie des StuPa-Vorsitzes zurückgewiesen, womit die Diskussion ihr Ende findet.

TOP 5: Änderung von Satzungen und Ordnungen

Zuerst geht es um die Änderung und Neuverabschiedung der Beitragsordnung der Studierendenschaft. Diese ist notwendig, da das OWL-Semesterticket zum Wintersemester teurer wird. *Christian Osinga (AStA-Verkehrsgruppe)* stellt die Änderungen kurz vor. Da das Semesterticket generell aber als eher sinnvoll angesehen wird, gibt es keine Nachfragen und es folgt die Abstimmung:

**"§3 Abs. 1 Buchstabe a) wird wie folgt neu gefasst:
„a) das Semesterticket in Höhe von € 92,08 € (ab 1.10.2011).“**

**§7 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:
„§3 Abs. 1 Buchst. a) gilt ab dem Wintersemester 2011/2012.“**

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 2

Der Antrag ist damit angenommen.

"Die Beitragsordnung der Studierendenschaft wird in der geänderten Form neu verkündet."

Ja: 19 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Im Anschluss geht es um eine Neuverkündung der Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes. *Oliver Nißing (Vorsitz)* stellt kurz die bisherigen Änderungen an der GO vor, wobei es sich aber nur um eine wenig interessante Änderung handelt, weswegen auf eine Abstimmung verzichtet wird.

*Malin Houben (g*al)* stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Wiederaufnahme des Tagesordnungspunktes 2 (Protokollgenehmigungen).

"Wiedereintritt in den Tagesordnungspunkt 2."

Ja: 12 Nein: 4 Enthaltung: 5

Der Antrag ist damit auf Grund des Niochterreichens der nach § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung nötigen 2/3-Mehrheit abgelehnt.

Oliver Nißing (Vorsitz) kommt daraufhin zur geplanten Neuverkündung der Satzung der Studierendenschaft. Diese sei notwendig, da es in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Änderungen gekommen wäre, welche man nun immer "manuell" in die Satzung hinein lesen müsste. Eine Neuverkündung würde das Lesen der Satzung sehr viel einfacher machen.

"Die Satzung der Studierendenschaft wird neu verkündet."

Ja: 20 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 6: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Oliver Nißing (Vorsitz) berichtet, dass er den Gremienstudi-Verteiler aktualisiert sowie den vom Studierendenparlament gewünschten Info-Verteiler aufgesetzt habe. Außerdem habe er sich um die Weiterleitung und die Umsetzung von Beschlüssen vergangener Sitzungen gekümmert und verabschiedete Protokolle auf die Homepage gestellt. Es wird nachgefragt was der Status des inzwischen bereits legendären Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlamentes ist. Daraufhin berichtet Oliver von einem wechselseitigen Mailverkehr zwischen ihm und der Protokollantin, der aber noch zu keinem Ergebnis geführt habe. In der Folge entbrennt eine von wechselseitigen Schuldzuweisungen zwischen der Protokollantin und dem Plenum beherrschte Diskussion, die aber naturgemäß nicht zu einem Ergebnis führt. *Oliver Nißing (Vorsitz)* schlägt vor, sich das Protokoll nochmal vorzunehmen und es zu einer Verabschiedung zu führen. *Lisa Brockerhoff (ghg*ol)* findet, dass es nicht angeht und auch nichts bringt, ein so inhaltsleeres Protokoll zu verabschieden. Daraufhin versuchen einige Parlamentarier_innen gemeinsam die Vorgänge zu rekonstruieren, allerdings prallen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen der Geschehnisse aufeinander, die nicht in Einklang zu bringen sind. *Sahba Roga Afradi (lhg)* schlägt dann vor, dass sie nochmal einen Entwurf ihre Protokolls über den Verteiler schickt und dann für Ergänzungen offen ist. Das Plenum ist nicht begeistert, zeigt aber wiederholt seinen guten Willen sich an der Korrekturen zu beteiligen und geht auf den Vorschlag ein.

TOP 7: Bericht des AStA

Dieter Horstmann (Finanzreferent) berichtet, dass seine Arbeit wie immer größtenteils in dem Erledigen des Tagesgeschäfts bestanden habe. Darüber hinaus seien die Vorbereitungen für die Ausschreibung des Buchungsprogramm nahezu abgeschlossen, so dass dort bald Vollzug gemeldet werden könne. Außerdem seien einige Steuergeschichte geklärt worden, die der Studierendenschaft einiges Geld sparen würden. Darüber hinaus sei es ihm nach Jahren der Dunkelheit gelungen, Licht in die Abrechnungspraxis mit dem SchülerInnenbüro zu bringen.

Lisa Brockerhoff (AStA-Vorsitz) berichtet davon, dass die Studienfinanzierungsbroschüre fertig gestellt sei und kurz vor der Verteilung stehe. Zur Zeit würde die meiste Zeit im AStA für Vorbereitung und Durchführung verschiedener Veranstaltungsreihen wie der Netzwoche, der Ausstellung "Invisible Borders" und des festival contre le racisme aufgewendet. Ein weiteres Thema im AStA sei derzeit die Einführung einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universität. Dann berichtet Lisa noch über den Wechsel der Studienstruktur in den Bachelorstudiengängen. Hier gebe es massiven Beratungsbedarf, da das Wechseln der Fächerkombination nach der Einführung der neuen Struktur für Studierende, die nach der alten Struktur angefangen haben, höchst problematisch werden wird. Generell liefen die alten Studiengänge spätestens 2017 aus. *Stefan Pieplau (Juso-HSG)* fragt nach, ob das Studienende 2017 nur für Lehrämter oder für alle Studierenden gelte. *Lisa Brockerhoff (AStA-Vorsitz)* antwortet, dass die nur für Lehrämter gelte und es in den letzten beiden Jahren auch keine oder nur noch wenige Lehrveranstaltungen geben solle, sondern nur noch die Möglichkeit, Leistungsnachweise zu erbringen.

Christian Osinga (Verkehrsgruppe) hat gemeinsam mit *Daniel Palentien (Referent für Netztechnik)* an einer Informationsveranstaltung zur neuen Unicard teilgenommen. Deren Einführung ist für die Erstsemester zum Sommersemester 2012, dann im Laufe des Jahres für alle geplant. Der neue Ausweis sei verpflichtend, es sei aber möglich ihn auch ohne auslesbaren Chip zu bekommen. Dann müsse man aber eine zusätzliche Karte nutzen, die dann einen solchen Chip enthalte. Der ganze Chip mache inzwischen aber überhaupt keinen Sinn mehr, da es im Internet eine sehr einfache Anleitung gebe, wie dieser zu knacken sei.

TOP 8: Berichte aus Senat und Kommissionen

*Lisa Waimann (ghg*ol)* berichtet aus der Gleichstellungskommission. Dort wurde der NRW-Gender-Report vorgestellt, in dem Hochschulen auf deren Ausgestaltung von Gleichstellungsplänen untersucht wurden. Die Uni Bielefeld sei dabei wohl relativ gut weggekommen, insbesondere was

die Anzahl von Frauen in Leitungspositionen angeht. Zwei Prorektorinnen scheinen in der Welt der Universitätsleitungen etwas sehr Außergewöhnliches zu sein. Die gute Stellung der Universität basiere im Vergleich aber eher auf dem Versagen der anderen Hochschulen. Die Gendergastprofessur sei in diesem Semester an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften eingerichtet. Zur Zeit teilen sich Fakultät und Rektorat die Finanzierung, im Rektorat gebe es aber keinen Willen eine dauerhafte Finanzierung zu garantieren. Von Seiten der Gleichstellungskommission gebe es daher Überlegungen, das Thema im Senat zu besprechen. *Malin Houben (g*al)* ergänzt, dass der offene Brief des FemRef zur Problematik des mutmaßlich sexuell übergriffig gewordenen Professors auch an das Ministerium gegangen sei. Dieses habe nun eine Anfrage an die Universität gerichtet, so dass diese sich nun endlich irgendwie positionieren müsse.

Wiebke Esdar (Juso-HSG) berichtet aus der Härtefallkommission zum Erlass der Studiengebühren. Hier hätten in diesem Semester 3 Anträge vorgelegen, von denen zwei abgewiesen und einer vertragen worden seien. Die niedrige Antragszahl erklärt sie sich damit, dass wegen der sehr restriktive Handhabung eine Antragsstellung so gut wie sinnlos sei. *Hendrik Unger (g*al)* fragt nach, warum die Anträge abgelehnt wurden. *Wiebke Esdar (Juso-HSG)* erklärt daraufhin das Verfahren. Man müsse eine finanzielle Notlage und das Vorliegen besonderer Gründe nachweisen. Letzteres sei so gut wie unmöglich, weshalb auch diesmal die Anträge abgelehnt wurden. Die Vertagung des dritten Antrags habe daran gelegen, dass die betroffene Person ein Semester krank war und ihr Geld zurück haben wollte, eine Beurlaubung aber im Nachhinein nicht möglich sei. Jetzt würde die Kommission ein ärztliches Gutachten verlangen, das die Verspätung legitimiert.

Danach berichtet *Wiebke Esdar (Juso-HSG)* aus der Finanzkommission. Hier wurden die Frauenförderbeträge verteilt und der Wirtschaftsplan beraten. Dabei sei es sehr irritierend gewesen, dass beklagt wurde, die Uni habe kein Geld, aber dennoch im Vergleich zum Jahreshaushalt sehr hohes Guthaben vorhanden sei. Dies mache aber wegen kommender Kosten beim Neubau Sinn, da die Uni dort die komplette Inneneinrichtung größtenteils selber finanzieren müsse. Außerdem wurde über Verteilung der Kompensationsmittel für die Studiengebühren beraten, was eigentlich Aufgabe der neuen § 13a – Kommission, in der die Studierenden im Gegensatz zur Finanzkommission in der Mehrheit haben, sei. *Wiebke* sieht die Kommission nach § 13a eigentlich Nachfolger von der alten Kommission nach § 8 der Beitragsordnung, im Rektorat herrscht aber die wenig fundierte Auffassung vor, dass es eher ein § 11-Kommission Nachfolger ist. Problematisch sei hier, dass das Gesetz keine klare Aussage treffe. Dort stehe nur, dass die § 13a Kommission für den Fortschrittsbericht zuständig ist und selbständig planerische tätig wird. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* fragt nach genaueren Informationen zu den Frauenfördermitteln. *Wiebke Esdar (Juso-HSG)* erklärt daraufhin das Vergabeverfahren. Die Frage von *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)*, wo das Geld herkomme, kann aber nicht beantwortet werden. Voraussetzung sei aber ein über dem Landesdurchschnitt liegender Frauenanteil.

Zu guter Letzt berichtet *Wiebke Esdar (Juso-HSG)* aus dem Kuratorium der Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft. Dieses habe die Einführung neuer Stipendien für ausländische Masterstudierende beschlossen. Dafür seien die Nothilfen für ausländische Studierende gestrichen worden, da diese nicht abgerufen worden seien. Dennoch wäre im Kuratorium allen klar, dass es finanziell bedürftige Studierende gebe. Deshalb wird das bisher nicht abgerufene Geld aus den letzten Jahren wieder eingestellt. Außerdem gibt es seit kurzem einen Preis für ehrenamtliches studentisches Engagement. Dieser bestehe aus drei Auszeichnungen, welche von einer Kommission vergeben werden. An diese Kommission kann jede_r Studierende Vorschläge richten. *Hendrik Unger (g*al)* fragt nach, wie sich das Kuratorium zum offenen Brief des AStA bezüglich der Teilnahme am diesjährigen Bismarck-Kommers verhält. *Wiebke Esdar (Juso-HSG)* antwortet, die Herrschaften im Kuratorium hätten den Tonfall für unangemessen gehalten, weswegen der Brief nicht beantwortet worden sei. Das wird allgemein bezweifelt, alle angeschriebenen Institutionen

hätten denselben Brief erhalten und beantwortet. Das Studierendenparlament empfindet die Ignoranz im Kuratorium als Dreistigkeit.

*Oliver Nißing (ghg*ol)* berichtet aus dem Senat. Wesentlicher Tagesordnungspunkt sei die Vorstellung des Wirtschaftsplans gewesen, dieser sei aber vor allem dadurch aufgefallen, dass er recht aufwendig und bunt gestaltet gewesen ist. Außerdem hat es wohl Auseinandersetzungen zwischen Hochschulrat und Rektorat über den Umfang der Zustimmungsbedürftigkeit des Wirtschaftsplans durch den Hochschulrat gegeben, man hat sich jetzt aber geeinigt. Das Papier sei aber sowieso nur eine grobe Planung ohne direkte Festlegungen. Diskutiert wurde auch die Finanzautonomie der Fakultäten, welche nach Meinung des Rektorats sehr erfolgreich gestärkt wurde. Dies würde von den studentischen Senator_innen aber kritisch gesehen, da einige Fakultäten Einstellungsstopps verhängt hätten bzw. Lohnerhöhungen nach Tarifverträgen ausgesetzt würden, was eindeutig zeige, dass die einige Fakultäten mit der ihnen zustehenden Autonomie überfordert seien, worunter die Mitarbeiter_innen leiden würden. Man rede sich das aber trotzdem weiter schön. Weiter wird berichtet, dass zur Zeit ein Übertrag von Studiengebühren in Höhe von 12 Millionen Euro existiere, bei 10 Millionen jährlichen Einnahmen. Es lägen also die Studiengebühren von mehr als zwei Semestern ungenutzt herum, wobei zu beachten sei, dass hierin auch die Gebühren enthalten seien, die auf Grund der studentischen Klagen gegen die erste Beitragssatzung nicht ausgegeben wurden.

Weitere Themen waren die einstimmige Abschaffung der Beitragssatzung, eine kleine Änderung der Einschreibeordnung und Änderungen der Nutzungsordnung der Bibliothek. Demnach sei es nun dauerhaft möglich, Wasserflaschen mit in die Bibliothek zu nehmen. Außerdem wird der Verlust des Studierendenausweises in Zukunft nur noch zehn statt wie bisher fünfzehn Euro kosten. Außerdem habe es eine Kampfkandidatur der Professoren um den Sitz in der Finanzkommission gegeben, was die Studierenden sehr erheitert habe. Dies habe mal wieder gezeigt, wie wenig die Professor_innenschaft sich auf Sitzungen vorbereite.

Christian Osinga (kompass) berichtet von der Neukonstituierung des Verwaltungsrates des Studentenwerks. Dort gebe es zwei neue Mitglieder, ansonsten blieben alle bisherigen Posten gleich besetzt. Weiter berichtet er, dass die Familie des verstorbenen ehemaligen Rektors der Universität Rickert auf dessen Beerdigung um Spenden zu Gunsten des Studentenwerkes gebeten habe. Darüber hinaus sei dem Studentenwerk ein bisher als privates Wohnheim genutztes Haus am Goldbach zum Kauf angeboten worden, was nun geprüft würde. Ein neues Wohnheim an der Walter-Rathenau-Straße befinde sich hingegen seit Mitte Mai in der Vermietung.

*Lisa Brockerhoff (ghg*ol)* berichtet aus der Lehrkommission. Deren letzte Sitzung sei auf zwei Stunden angesetzt worden, habe aber über vier Stunden gedauert, was dazu geführt habe, dass die Studierenden nicht über den gesamten Zeitraum anwesend sein und folglich auch nicht an allen Abstimmungen teilnehmen konnten. Generell sei die Sitzung sehr schlecht vorbereitet gewesen und habe wiederholt chaotische Züge gehabt. Es sei auffällig gewesen, dass die studentische Meinung nicht gefragt war oder als unqualifiziert abgetan wurde.. Inhaltlich wurde über Masterzugänge gesprochen, in Folge eines Gerichtsurteils müssten alle Ordnungen geändert werden. Die Entwicklungen gingen jetzt dahin, dass bereits im Zugangsverfahren über hohe NC ausgesiebt würde. Richtig wäre aber eine Einbeziehung der Note erst in der Zulassung. Natürlich habe man sich auch mit dem Thema Plagiate auseinander gesetzt, wozu auch bereits seit längerer Zeit eine Arbeitsgruppe existiere. Wider besseren Wissens um die Probleme mit dem Urheberrecht habe die Universität den Vertrag mit TurnItIn um ein Jahr verlängert. In dieser Zeit wolle man sich um ein unproblematischeres Programm kümmern. Mit demselben Argument wird bereits seit Jahren der Vertrag mit TurnItIn immer wieder verlängert. In ihrer Rolle als AStA Vorsitz berichtet *Lisa Brockerhoff* dann noch vom oft höchst problematischen Umgang von Lehrenden mit Studierenden, die sie eines Plagiats verdächtigen. Oft würden die Lehrenden dabei ein Geständnis verlangen, bevor sie sich mit den Studierenden überhaupt auseinandersetzen. Generell sei zu beobachten, dass der Vorwurf des Plagiats gerade Hochkonjunktur habe, was sich allerdings mit der causa Gutenberg

erklären lasse. Dies sei nun mal gerade die Sau, die durchs Wissenschaftsdorf getrieben werde. *Janosch Strathemann (ghg*ol)* fragt, ob es rechtlich zulässig sei, dass Studiengänge angeboten würden, die nicht zu einem Masterstudiengang qualifizieren. Im Rahmen der Akkreditierung müsse das doch zu Problemen führen. *Lisa Brockerhoff (ghg*ol)* will sich diesbezüglich schlau machen.

*Ingwar Petersen (ghg*ol)* berichtet von der Kommission für Organisationsentwicklung. Da war ebenfalls die Unicard Thema. Außerdem sei viel Werbung für ein Studierendenservicecenter gemacht worden. Alle in der Kommission vertretenden Statusgruppen seien total begeistert, ein Leben ohne ein solches Center schein für viele gar nicht mehr vorstellbar. Außerdem sei eine Studie besprochen worden, die zu dem unglaublichen Ergebnis gekommen sei, dass sich Studierende oft in der Uni aufhalten, sogar besonders häufig in der Unihalle. Dort sei es aber sehr laut und es fehlten Rückzugsräume. Das Plenum ist erfreut, dass mal wieder triviale Erkenntnisse durch den Einsatz von viel Zeit und Geld ein wissenschaftliches Fundament erhalten haben.

Im Anschluss berichtet der *Wahlleiter Felix Eikmeyer* vom Voranschreiten der Wahlkommission. Die Wahlkommission habe seit und inklusive der letzten Stupa-Sitzung zwei Mal getagt. Hier seien die entsprechenden Termine, die die Wahl betreffen, festgelegt worden. Der Beschluss des Stupa bezüglich des Datums des ersten Tages der Wahl wurde umgesetzt, der weitere Beschluss bezüglich des Wahlzeitraumes wurde als Votum verstanden. Dementsprechend fände die Stupa-Wahlen vom 27.06.2011 bis zum 01.07.2011 statt. Daraus ergäben sich Termine für die erste Wahlbekanntmachung, die Ausschreibung für Wahlhelfer_Innen, die Erstellung des Wähler_innenverzeichnisses und die Einspruchsfrist gegen die Richtigkeit des Wähler_innenverzeichnisses. Diese Punkte seien alle fristgerecht erfüllt worden. Weitere Termine, die nun noch folgen und ggf. für Listen interessant sein könnten, seien:

- 30.05.2011, 15:00 Uhr: Ende der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen
- 23.06.2011: Ende der Frist zur Beantragung der Briefwahl
- 27.06.2011 - 01.07.2011, 09:00 - 16:00 Uhr: Wahlen
- wahrscheinlich 28.06.2011, 12:00 Uhr: Wahlvorstellung
- 01.07.2011, ab 16:00 Uhr: Auszählung
- 21.07.2011: konstituierende Sitzung des 38. Studierendenparlaments

Im Moment lägen Wahlvorschläge von 6 Listen und etwa 40 Bewerbungen für die Übernahme von Wahlhelfer_Innen-Tätigkeiten vor.

*Felix Eikmeyer (g*al)* berichtet danach von der bevorstehenden Sitzung des Hochschulsportbeirates und bittet um die Meinung des Studierendenparlamentes zu einem geplanten Online-Anmeldesystem zum Hochschulsport mit verpflichtenden Anmeldungen. Auf ironisch bis sarkastische Art und Weise wird von einigen anwesenden Parlamentarier_innen relativ schnell deutlich gemacht, dass das Studierendenparlament von einem solchen System gar nichts hält. Der barrierefreie Zugang wird als ein essentielles Element im Erfolgsmodell des Bielefelder Hochschulsportangebotes angesehen. Diese Position wird dann auch konsentiert verabschiedet.

*Oliver Nißing (ghg*ol)* berichtet zum Abschluss aus der Grundordnungskommission, welche einen Vorschlag für die Implementierung der zu schaffenden Kommission nach § 13a in die Ordnungen der Universität erarbeitet habe. Demnach solle die Kommission aus vier Studierenden und jeweils eine_m Vertreter_in der anderen Statusgruppen bestehen. Jetzt müsse man sich nur noch überlegen, wie die Geschäftsordnung des Senats angepasst werden könnte.

TOP 9: Neuanlage der Sonderrücklagen

Dieter Horstmann (Finanzreferent) führt kurz in die Thematik ein. Er erklärt, dass es um 200.000

Euro gehe, die die Studierendenschaft im Laufe ihrer Geschichte als Überschuss angesammelt habe und die bisher bereits auf einem Zeitgeldkonto angelegt waren. Dieses sei nun ausgelaufen, weswegen man darüber nachdenken müsse, eine neue Anlagenform zu wählen, was Aufgabe des Studierendenparlamentes sei. Er stellt die verschiedenen Möglichkeiten einer Anlage vor. Demnach stellten sich die Fragen, ob die bisherige Anlage noch einmal angelegt werden solle und wenn ja, wo. Es gebe für 12monatige Anlagen bis zu 1,5% Zinsen. *Christian Osinga (kompass)* schlägt eine eher kürzere Laufzeit vor, da es in Zukunft wohl zu Leitzinserhöhungen kommen wird und man deswegen bessere Konditionen erhalten würde. *Malin Houben (g*al)* sieht hingegen vor allem die ethischen Grundsätze der verschiedenen Geldhäuser als Entscheidungskriterium an. *Dieter Horstmann (Finanzreferent)* plädiert auch für eine kurzfristige Anlage und bringt sogar das Tagesgeldkonto in Gespräch. *Christian Osinga (kompass)* ist für maximale 3 Monate als Laufzeit. In der Folge werden nochmal kurze Verständnisfragen gestellt, vor allem was die Sicherheit des Geldes angeht. Hier ist Konsens, das die gesamte Summe abgesichert sein muss. *Dieter Horstmann (Finanzreferent)* äußert sich auch dahingehend, dass es demokratietheoretisch sinnvoll ist, das nächste Studierendenparlament entscheiden zu lassen, da dieses den neue Haushalt verabschieden muss. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* ist dennoch für eine dreimonatige Anlage, da das Geld frühestens dann gebraucht werden würde und man besser Zinsen kassieren könnte als das Geld rumliegen zu lassen. Nach kurzer ungeordneter Diskussion kommt man zum Ergebnis, dass das Angebot der GLS-Bank für 180 Tage zu 1,75% Zinsen das beste Angebot ist, weshalb auch ein entsprechender Antrag formuliert wird:

"Die Studierendenschaft legt die Sonderrücklage in Höhe von 200.000 Euro für 180 Tage zu einem Zinssatz von 1,75% bei der GLS-Bank an"

Ja: 18 Nein: 1 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 10: Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses

Es steht niemand zur Wahl.

TOP 11: Bestätigung der Referentinnen und Referenten der autonomen Referate und des ISR

Es steht ebenfalls niemand zur Wahl

TOP 12: Wahlen und Nominationen für StuPa-Ausschüsse und Kommissionen

Es stehen mehrere Nominationen an. Zuerst geht es um den Wahlprüfungsausschuss für die Wahlen zum Senat und den Fakultätskonferenzen. *Christian Osinga (kompass)* meldet sich freiwillig als er erfährt, dass er bereits in der Vergangenheit Mitglied des Ausschusses war, ohne davon etwas mitbekommen zu haben. Da man glücklich ist, jemanden gefunden zu haben, wird sofort abgestimmt.

Christian Osinga:

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Damit ist Christian für den Wahlprüfungsausschuss nominiert.

Danach sind die Nominationen für die Vergabekommission des Grottemeyer-Preises für gute Lehre an der Reihe. Gleich zu Beginn merkt *Hendrik Unger (g*al)* an, dass er den Preis und folglich auch

die Kommission für unnötig halte, weil gute Lehre nicht durch Preise entstehen könne. Es folgen einige ansatzweise anarchistische Momente, in denen versucht wird, Personen zur Mitarbeit in der Kommission zu überreden. Letztlich lassen sich *Ingwar Petersen (ghg*ol)*, *Stefanie Hippe (ghg*ol)*, *Sahba Roga Afradi (lhg)*, *Christian Guricke (lhg)* und *Oliver Nißing (ghg*ol)* breit schlagen. Die genannten werden im Block abgestimmt:

Ingwar Petersen, Stefanie Hippe, Sahba Roga Afradi, Christian Guricke, Oliver Nißing:

Ja: 13 Nein: 3 Enthaltung: 1

Damit sind Ingwar, Stefanie, Sahba, Christian und Oliver für die Grottemeyer-Kommission nominiert.

Als nächste steht die Nomination von einer Person für das Vergabegremium für Bedürftigkeitsstipendien des Studienfonds OWL an. *Christian Osinga (kompass)* stellt kurz die Tätigkeit vor. Es geht um die Bedürftigkeitsstipendien für die Studierenden der Hochschulen in OWL. in der Kommission sitzen ausschließlich Studierende und die Arbeit besteht in der Sichtung der Bewerbungsunterlagen. Häufig laufe es wegen der fehlenden Arbeitserlaubnis auf ausländische Studierende als Stipendiat_innen heraus. Es gebe leider viel zu wenig Geld um auch nur ansatzweise angemessen entscheiden zu können. Im Anschluss an die kurze Einführung wird *Isabelle Sandow (PIRATEN)* nominiert.

Isabelle Sandow

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Damit ist Isabelle für das Vergabegremium nominiert.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes sollen noch vier Studierende für die Kommission nach § 13a Grundordnung nominiert werden. *Felix Eikmeyer (g*al)* meint jedoch, dass es keinen Sinn macht für eine Kommission zu nominieren, von der man nicht genau weiß, was für Kompetenzen sie hat. *Christian Osinga (kompass)* schließt sich dem an, woraufhin sich allgemein zustimmendes Gemurmel einstellt, so dass eine Nomination erstmal nicht vorgenommen wird.

TOP 13: Anträge

Stefan Pieplau (Juso-HSG) beantragt eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Protokoll für die 7. Sitzung des Studierendenparlaments auf 96 Euro.

"Die Aufwandsentschädigung für die Protokollantin der 7. Sitzung wird auf 96 Euro erhöht."

Ja: 9 Nein: 3 Enthaltung: 5

Der Antrag ist damit angenommen.

Dieter Horstmann (AStA-Finanzreferent) beantragt im Namen des AStA erneut die Umbuchung der Mittel für die Antifa-AG (siehe Protokoll der 7. Sitzung). *Christian Osinga (kompass)* kritisiert, dass dies als Tischvorlage eingereicht wird und hätte gerne eine genauere Aufstellung über die benötigten Sachmittel, die nun statt der Aufwandsentschädigungen aus dem letzten Jahr ausgezahlt werden sollen. *Ingwar Petersen (ghg*ol)* fragt sich, was sich seit der letzten Sitzung geändert habe und warum das vergessene Einreichen von AE-Zetteln etwas Unvorhergesehenes gewesen sei.

Christian Osinga (kompass) meint, dass Weihnachten nun wirklich nicht unvorhergesehen kommen würde, und es deswegen eigene Schuld gewesen sei. Die Studierendenschaft habe dafür nicht gerade zu stehen. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* erkundigt sich nach den geplanten Auszahlungsmodalitäten. Leider liegen keinerlei genauen Zahlen vor, weswegen man zu dem Ergebnis kommt, dass die Abstimmung vertagt werden muss und sich eine weitere Diskussion demnach ebenfalls erübrigt.

Jan Seelhorst (DWW)* stellt folgenden Antrag:

"Das Studierendenparlament würde sich darüber freuen, wenn die Westfälisch- Lippische Universitätsgesellschaft, die vom AStA formulierten Fragen zur Teilnahme ihrer Repräsentanten am diesjährigen Bismarck-Kommers beantworten und zur grundsätzlichen Kritik an der Veranstaltung Stellung nehmen würde."

Es entsteht eine etwas ungeordnete Diskussion über den Tonfall des Antrags. Auf der einen Seite ist es normalerweise in Anträgen des Studierendenparlaments üblich, dass Forderungen gestellt werden und auch mal etwas direktere Formulierungen gewählt werden. Auf der anderen Seite ist das Plenum ernsthaft an der Antwort der Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft interessiert und möchte ausschließen, dass sich die Gesellschaft erneut auf Grund des Tonfalls weigert, zu antworten. Im Laufe der Diskussion werden insgesamt zwei Änderungsanträge formuliert:

*Hendrik Unger (g*al)* stellt den Änderungsantrag:

Ändere "...würde sich darüber freuen, wenn die Westfälisch- Lippische Universitätsgesellschaft,..." in "...fordert die Westfälisch Lippische Universitätsgesellschaft dazu auf...".

Ja: 4 Nein: 9 Enthaltung: 5

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Sahba Roga Afradi (lhg) stellt den Änderungsantrag:

Streiche "und zur grundsätzlichen Kritik an der Veranstaltung Stellung nehmen würde."

Ja: 2 Nein: 10 Enthaltung: 5

Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

Nun wird der Antrag in seiner ursprünglichen Form abgestimmt:

"Das Studierendenparlament würde sich darüber freuen, wenn die Westfälisch- Lippische Universitätsgesellschaft, die vom AStA formulierten Fragen zur Teilnahme ihrer Repräsentanten am diesjährigen Bismarck-Kommers beantworten und zur grundsätzlichen Kritik an der Veranstaltung Stellung nehmen würde."

Ja: 16 Nein: 0 Enthaltung: 1

Der Antrag ist damit angenommen.

Nach kurzer Diskussion über das StuPa-Grillen kommt man zu dem Ergebnis, dass der StuPa-Vorsitz kompetent genug ist, dieses autonom zu organisieren. Es werden noch kurz die Ernährungsgrundsätze der Anwesenden abgefragt, bevor die Sitzung geschlossen wird.

Ende: 22:55